

Aktive Sterbehilfe für ein Militärbündnis

Friedensbewegung beriet in Bremen über Alternativen zur NATO und die Politik Obamas

Von Marek Voigt, Bremen

Auf der Strategiekonferenz in Bremen analysierten Friedensorganisationen die Verfassung der NATO und die neue US-Politik unter Barack Obama.

Eine »etwas andere Geburtstagsfeier« war angekündigt, und das wurde sie auch. Wenn die Friedensbewegung der NATO zum 60. gratuliert, dann ist es wie bei mancher Familienfeier: Die Gäste wünschen sich vor allem, dass der Jubilar endlich das Zeitliche segnet. Während die einen auf der Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden am Wochenende in Bremen davon ausgingen, das erledige sich von selbst, hielten es andere für nötig, aktiv nachzuhelfen. So sieht der Friedensforscher Otfried Nassauer die NATO aufgrund ihrer inneren Konflikte als »Kriegerdenkmal«, das innen hohl und vom Rost zerfressen ist. Uli Cremer von der Grünen Friedensinitiative warb dennoch dafür, der NATO »aktive Sterbehilfe« zu leisten.

Gründe dafür gibt es aus Sicht der 150 Friedensbewegten im Bremer Konsul-Hackfeld-Haus genug. Sie sei ein »Kriegspakt des Nordens gegen den Süden« mit einem »gestörten Verhältnis zum Völkerrecht«, schrieb Cremer der NATO ins Stammbuch. Renate Wanie von der Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden wies auf die 822 Milliarden Dollar hin, die die NATO-Staaten allein für die Unterhaltung ihrer Militärapparate ausgeben. »Damit blockiert sie Ressourcen und bremst Entwicklung.« Der Journalist Andreas Zumach verwies auf die Probleme, denen sich die Weltgemeinschaft gegenübersehen: Armut, Terrorismus, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Klimawandel. »Zur Lösung all dieser Fragen ist die NATO schlicht nicht das geeignete Instrument«, sagte er.

Umstritten war auf der Konferenz, inwiefern der Regierungswechsel in den USA die Friedensbewegung voranbringt. Einige Friedensaktivisten sehen bei Obama eine positive Entwicklung hin zu mehr Multilateralität, Abrüstung und Entspannung in den Konflikten im Nahen Osten und im Verhältnis zu Iran und Russland. Andere Friedensbewegte sind pessimistischer. Nach der Bush-Ära sei die Regierung der USA so diskreditiert, dass ihr keine Alternative zu der Politik Obamas bleibe. Befürchtet wird, dass die USA auf diesem Wege ihre Interessen nur noch effektiver durchsetzen könnten. »Wenn ich Obama an seinen Taten messe, sehe ich 17 000 neue Soldaten für Afghanistan«, so Rainer Braun, einer der Sprecher der Kooperation für den Frieden.

Auch in der Diskussion um mögliche NATO-Alternativen und zu den Strategien der Friedensbewegung zeigten sich in Bremen Differenzen. Friedensarbeit müsse den »Divisionen Visionen entgegensetzen«, meinte Martin Warnecke, Friedensbeauftragter der Bremischen Evangelischen Kirche. Überzeugend ist die Friedensbewegung für ihn durch ihre ethisch begründete Ablehnung von Krieg. Andreas Buro warnte dagegen vor friedenspolitischen Luftschlössern. Der Politologe und Mitbegründer der Ostermärsche setzt auf die Überzeugungskraft pragmatisch-realistischer Vorschläge. Seine Alternative zur NATO besteht daher in regionalen Zusammenschlüssen von Staaten wie der EU oder der südostasiatischen ASEAN. Diese

minimierten das Risiko von Kriegen zumindest untereinander über immer stärkere Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und politischen Fragen.

Wie können die Menschen am ehesten für friedenspolitische Ziele erreicht werden? Auch auf der Strategiekonferenz fand man dazu keine einheitliche Position. In der Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel Anfang April in Strasbourg und Kehl hat man sich auf keine Positionen festgelegt. Die Ablehnung der NATO ist der kleinste gemeinsame Nenner. Für die Proteste vor Ort hofft die Friedensbewegung auf starke Beteiligung. »Wir werden an Strasbourg gemessen, genauso wie die NATO an ihren Zielen gemessen wird«, sagte Rainer Braun zum Abschluss der Konferenz.